

Ein paar Anmerkungen zu:

„Neue Betriebsweise – neuer Kapitalismus“¹
von Joachim Bischoff

„Die Erfolgsgeschichte des demokratischen Kapitalismus der Nachkriegskonstellation unterstellt nationalstaatliche Maßnahmen zur sozialen Sicherung der Einkommensverhältnisse, der sozialen Sicherheit und öffentlicher Investitionen, die Sicherung expansiver Lohnpolitik und schließlich eine wirksame Regulation des internationalen Währungs- und Finanzsystems ... Im Laufe der 1970er Jahrer verliert die ökonomische Grundlage – die fordertisch-tayloristische Betriebsweise – des gesellschaftlichen Gesamtkapitals an Gestaltungskraft, d.h. der charakteristische Zusammenhang von hoher Produktivitätsentwicklung, sozialstaatlicher Modifikation der Verteilungsverhältnisse und pluralistischer Lebensverhältnisse löst sich infolge eines Bündels von gesellschaftlichen Widersprüchen auf. Durch diesen Umbruch veränderten sich Arbeitsorganisation, die Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeitters, aber auch die Akkumulationsstrukturen und die politisch bestimmten Regulationsformen. Kern der Restrukturierung der Kapitalakkumulation ist die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 1970er Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte.“ S. 17

Die Erfolgsgeschichte des demokratischen Kapitalismus der Nachkriegskonstellation unterstellte noch ganz andere Sachen, von denen hier aber überhaupt nicht die Rede ist. Sie unterstellte vor allem die ökonomisch wirksamen Folgen von Weltwirtschaftskrise, Depression und Krieg. Diese heilige Dreieinigkeit hatte massiv Kapital vernichtet, dem Werte nach und physisch. Sie hatte ein Heer an Arbeitskräften geschaffen, dass gezwungen und bereit war sich zu niedrigsten Löhnen zu verkaufen und sie hatte auch zur „Systemkonkurrenz“ mit dem durch den Vormarsch der roten Armee geschaffenen „sozialistischen Lager“ geführt.

Sofern es zu einer „Sicherung“ von „expansiver Lohnpolitik“ kam, resultierte diese angebliche Sicherung vor allem aus der stürmischen Kapitalakkumulation und der dadurch angeheizten Nachfrage nach Lohnarbeit selbst. Mit „nationalstaatlichen Maßnahmen“ hatte das wenig zu tun und die angebliche „Sicherung“ war dahin, als diese stürmische Akkumulation in den 1970er Jahren aufhörte.

Als unmittelbare Folge der stürmischen Kapitalakkumulation kam auch die „wirksame Regulation der internationalen Währungs- und Finanzsystems“ unter die Räder. (Euro- und Petrodollars und der Zusammenbruch von Bretton Woods).

Was die „fordertisch-tayloristische Betriebsweise“ anbetrifft, ist deren harter Kern die Fließbandarbeit, bei der „aus den Betrieben überdurchschnittliche Profite herausgepresst wurden und werden, zum Nachteil der Beschäftigten“. (Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.) Von diesen Nachteilen der Beschäftigten, wie sie Harry Braverman in seinem Buch „Die Arbeit im modernen Produktionsprozess“ herausgearbeitet hat, ist aber überhaupt nicht mehr die Rede. Mit Blick auf die vergleichsweise hohen Löhnen erscheint diese Betriebsweise unseren Freunden der Mitbestimmung geradezu als Vorteil für die Beschäftigten.

Das angebliche „Bündel von gesellschaftlichen Widersprüchen“, das zu „nachlassender Gestaltungskraft“ dieser famosen Betriebsweise führte, resultierte ökonomisch schlicht und einfach

1 Text aus „Welcher Kapitalismus, welche Krise?“ Diskurs Streitschriften zur Geschichte und Politik, Heft 42, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

aus nachlassender Wachstumsdynamik der Kapitalakkumulation infolge sinkender Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Am Sinken dieser Profitrate konnte die ganze famose Nachkriegskonstellation, die tolle „**Akkumulationsstruktur**“ ohne „**Hegemonie der Akteure des Finanzmarktes**“ nichts ändern.

Da ist auch jede Erinnerung an das „*ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft*“ verloren gegangen. Alles dreht sich nur um die verschiedenen Formen von Kapitalakkumulation und welche wohl die beste ist, die wir herbeiführen sollen. Diese Formen von Kapitalakkumulation im Rahmen politischer Regulation scheinen eine Frage ihrer freien Wahl zu sein, sozusagen ökonomisch voraussetzungslos oder in jeder beliebigen Situation der Kapitalverwertung realisierbar.

Der „**Kern der Restrukturierung der Kapitalakkumulation**“ war/ist die Restrukturierung der Mehrwertproduktion selbst, die eben vor allem auf der wachsenden und sich konsolidierenden Lohnarbeitslosigkeit beruhte. Diese von Krise zu Krise steigende Lohnarbeitslosigkeit, in der sich nun die gefeierte „*hohe Produktivitätsentwicklung*“ niederschlug, wurde zur Basis für die Durchsetzung:

- niedrigerer Löhne
- Verlängerung der Arbeitszeit
- Intensivierung der Arbeitskraft

etc.

Sie war auch die Basis für den beginnenden „Abbau des Sozialstaates“, vor allem die „Reformen“ von Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Rentenversicherung.

Die nachlassende Akkumulationsdynamik des Kapitals, die Verringerung seiner Rentabilität provozierte die „**Reform des Arbeitsmarktes und des Finanzmarktes**. Bürgerliche Politik, der „Klassenkampf von oben“, wirkte in diese beiden Richtungen. Der harte Kern aber bezog sich gerade auf die Mehrwertproduktion selbst, steigert den Ausbeutungsgrad von Lohnarbeit, was unseren Freunden der Mitbestimmung als „Rekommodifizierung“ erscheint.

Was ist nun neu?

„**Unter Hegemonie der Akteure der Finanzmärkte** sollen sich die Unternehmen auf die Werthaltigkeit ihrer Unternehmen (shareholder value) konzentrieren. **Aus den Betrieben werden überdurchschnittliche Profite herausgepresst – zum Nachteil der Beschäftigten, zum Nachteil der Lieferanten und Kooperationspartner und zum Nachteil der Innovationspotentiale, gerade durch eine Rekommodifizierung des lebendigen Arbeitsvermögens.**“ S. 18

Wurden vor der „*Hegemonie der Akteure des Finanzmarktes*“ keine überdurchschnittlichen Profite zum Nachteil der Beschäftigten aus den Betrieben herausgepresst? Und was heißt überhaupt „aus den Betrieben“ herausgepresst? Werden die Profite nicht immer aus den Beschäftigten herausgepresst?

Was will man denn? Überdurchschnittliche Profite zum Vorteil der Beschäftigten, Lieferanten etc.? Durchschnittliche Profite zum Nachteil der Beschäftigten? Oder gar durchschnittliche Profite zum Vorteil der Beschäftigten etc.? Eine dieser Lösungen wird es schon sein, wenn die „*Hegemonie der Akteure der Finanzmärkte*“ einmal gebrochen ist. Was für eine „Kapitalismuskritik“ ist das denn?

„**Die Gesellschaften können aus der sozialökonomischen Abwärtsspirale des neoliberalen Kapitalismus – der Abschwächung ihrer wirtschaftlichen Wachstumsraten, zugespitzten Verteilungauseinandersetzungen um die Zuwächse und der Tendenz zur kontinuierlichen Verschärfung von sozialen Gegensätzen und gesellschaftlicher Ausgrenzung – nur ausbrechen, wenn durch eine neue Form von Regulation die Vermachtung der Finanzmärkte zurückgedrängt wird. Die Arbeitskraft darf im entwickelten Kapitalismus nicht auf den Warencharakter reduziert**

und den Ansprüchen des Geldkapitals untergeordnet werden.“ S. 19

Leider existieren die „*zugespitzten Verteilungsauseinandersetzungen*“ ja gar nicht! Sie wären überhaupt die Voraussetzung, um dem Kapital Grenzen zu ziehen. Aber von Kapital ist da auch gar nicht die Rede, sondern vom Geldkapital und der „*Vermachtung der Finanzmärkte*“. Wie furchtbar!

Die bei Ver.di oft gerufene Parole „*Gesundheit darf keine Ware sein*“ ist im Kapitalismus zwar illusorisch, aber sie zeigt wenigstens die richtige Richtung an. In Bezug auf die Ware Arbeitskraft ist Monsieur Bischoff noch zurückhaltender: es heißt nicht, dass sie keine Ware sein darf, sondern dass sie bloß nicht auf den Warencharakter reduziert werden darf. Wieviel Warencharakter darf es denn sein?

Das neue Subjekt, dass hier „*ausbrechen*“ soll, ist nicht die Klasse der LohnarbeiterInnen, sondern „*die Gesellschaft*“. Bravo und danke für die Klarstellung.

Nicht nur die ganze Argumentation ist oberflächlich und nimmt selbst die Erscheinungen der kapitalistischen Produktionweise nur sehr selektiv war, auch die Sprache selbst, zentrale Formulierungen sind ein einziger Offenbarungseid.

Merke:

Das Kapital selbst, in Gestalt der EinzelkapitalistInnen und ihrer Interessenverbände, war aus **ökonomischen** Gründen **zu allen Zeiten** für möglichst wenige staatliche Eingriffe und Regulation! Wenn es sich der Notwendigkeit einer größeren Regulation beugte, dann geschah dies entweder, weil

- der möglichst freie Markt in eine Katastrophe geführt hatte, aus der die ungehindert von staatlichen Eingriffen wirkenden Marktkräfte nicht hinaus führten (anhaltende Depression)
- das Kapital selbst in Frage gestellt war durch starke politische Kräfte, die das Privateigentum in Frage stellten.

Sofern das Kapital sich diesen Staatseingriffen und der stärkeren Regulation gebeugt hat, hatte es selbstverständlich nichts eiliger zu tun, als diese Regulation zu beseitigen ... sobald der so regulierte Kapitalismus als Ursache immer schärferer Krisen erschien bzw. diese auch nicht verhindern konnte. Das Programm der sozialen Reaktion konnte vom Kapital umso leichter durchgesetzt werden, je mehr die politischen Kräfte, von denen es sich bedroht sah und die es zu **politischen „Klassenkompromissen“** veranlasste, abgewirtschaftet hatten. Sowohl der Sozialdemokratismus als auch die „kommunistischen Parteien“ und ihr „Vaterland des Kommunismus“ haben abgewirtschaftet. In Deutschland war die Sozialdemokratie sogar dazu bereit, das soziale „*Deregulationsprogramm*“ selbst durchzusetzen, sich als Speerspitze der sozialen Reaktion zu betätigen.

In der ideologischen Debatte jenseits der Kritik der politischen Ökonomie erscheint beides – der möglichst wenig staatliche regulierte Kapitalismus und der stärker staatliche regulierte Kapitalismus – als „*frei wählbare*“ Alternative. Tatsächlich ergeben sich die angeblichen „*Alternativen*“ für ständiges Wachstum und allgemeine Wohlfahrt im Kapitalismus immer aus der gerade vorherrschenden „*Regulationsweise*“ ... die die Krise nicht verhindern kann, bzw. als Ursache der Krise erscheint und dafür verantwortlich gemacht werden kann. **Die Ursache der Krise ist aber immer das Kapital selbst, egal, wie seine Verwertung gerade politisch reguliert ist.** Aber man macht die gerade vorherrschende „*Regulationsweise*“ für die Krise der Kapitalverwertung verantwortlich, erklärt die Krise aus der falschen „*Regulationsweise*“. Das gilt für die Sachwalter des Kapitals in gleicher Weise wie für den geleuterten „Marxismus“ und das linke Allerlei.